

Bürgerpartei GL
Frank Samirae, MdR
Fraktion Die Linke
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



**BÜRGER
PARTEI GL**

DIE LINKE.

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachtbrieffkasten

am: **16. Sep. 2015**

Stadt Bergisch Gladbach
Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Mittwoch, 16. September 2015

Gemeinsamer Antrag für den sozialen Wohnungsbau Schaffung von Wohnraum für unsere Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

folgenden Antrag bitten wir Sie auf die Tagesordnung des nächsten Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss zu setzen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss beauftrag die Verwaltung für die Realisierung mit öffentlichen Baugesellschaften und Wohnungsbau Genossenschaften ins Gespräch zu treten und dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung die Ergebnisse hieraus vorzulegen. Angesichts der sich zuspitzenden Lage hat die Verwaltung dies priorisiert zu bearbeiten.

Begründung:

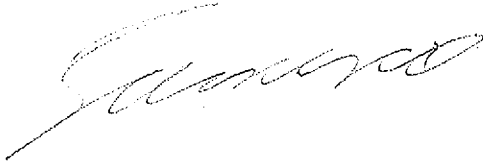
Aktuell ist mit einem außergewöhnlichen Anwachsen der Zahl der Einwohner in Bergisch Gladbach zu rechnen aufgrund Grund der Flüchtlingswelle.

Für die Flüchtlinge ist nicht ausreichend Wohnraum in der Stadt vorhanden. Darüber hinaus ist der Wohnungsmarkt in Bergisch Gladbach auch jetzt schon schwierig für die sozial schwächer gestellten Familien aufgrund der günstigen Lage zu Köln. Daher regen wir an die Schaffung weiteren Wohnraums unter Einbeziehung öffentlicher Fördermittel ins Auge zu fassen. Die Schaffung von Wohneinheiten für Mindestens 1000 Menschen erscheint hier als angemessene Maßnahme. Die Fehler des sozialen Wohnungsbau aus den 70er Jahren sind hierbei zu vermeiden. D.h. die zu wählenden Grundstücke sollten sich innerhalb der bereits vorhandenen Bebauung befinden um eine Zersiedlung zu vermeiden. Es dürfen keine Gettos auf der „grünen Wiese“ entstehen.

Vorhandene Strukturen sollen hierbei nutzbar sein. Innerhalb vorhandener Bebauung kann der ÖPNV genutzt werden und es bestehen kurze Wege zum lokalen Einzelhandel. Für die Realisierung soll mit öffentlichen Baugesellschaften und Wohnungsbau Genossenschaften vorrangig ins Gespräch getreten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Samirae, Bürgerpartei GL

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Samirae', written in a cursive style.A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Wei', written in a cursive style.

Lucie Misini, Fraktion die Linke

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lucie Misini', written in a cursive style.



Dienstag, 15. September 2015

Flüchtlinge brauchen Unterkünfte Studie warnt vor Wohnungslücke

Von Malte Baumberger

Die Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt ist angespannt. Auch immer mehr Flüchtlinge suchen eine bezahlbare Bleibe. Der Druck auf den Wohnungsmarkt wächst. Der soziale Wohnungsbau steht vor einer Herausforderung.

Die Verteilungskämpfe auf dem deutschen Wohnungsmarkt haben längst begonnen. Mit den ankommenden Flüchtlingen und Arbeitssuchenden aus der EU drängen immer mehr Menschen auf einen Markt, der in vielen Großstädten schon jetzt überlastet ist. Sie konkurrieren mit einkommensschwachen Bürgern um die letzten bezahlbaren Wohnungen.

Um die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen zu decken, müssten bis 2020 jedes Jahr 400.000 neue Einheiten gebaut werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag des Verbändebündnisses "Sozialer Wohnungsbau". Zum Vergleich: In diesem Jahr werden in Deutschland 260.000 Einheiten fertig. Damit fehlen 140.000 Wohnungen.

Flüchtlinge sind nach den ersten drei Monaten ihres Aufenthaltes nicht mehr verpflichtet, als Asylsuchende in einer Erstaufnahmeunterkunft zu leben. Viele stoßen dann auf den Wohnungsmarkt und reißen sich in die langen Schlangen vor den Mietwohnungen ein. Laut Statistischem Bundesamt wohnten im letztem Jahr allerdings weniger als die Hälfte aller Asylbewerber zur Miete.

Versäumnisse bei der Wohnungsbaupolitik

Die negative Entwicklung des Wohnungsmarktes liegt jedoch nicht nur an den steigenden Flüchtlingszahlen. Die Studie macht auch erhebliche Versäumnisse in der Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre aus. Deutschland schiebe ein Wohnungsdefizit vor sich her, das von Jahr zu Jahr größer wird.

Aktuell fehlten in den Ballungsgebieten bereits rund 770.000 Wohneinheiten, beklagt Matthias Günther, Autor der Studie. Viele Berufstätige wohnen deshalb in Großstädten notgedrungen in WG-Zimmern. Junge Erwachsene bleiben wegen der Flaute auf dem Wohnungsmarkt unfreiwillig länger im "Hotel Mama". In den Großstädten sei die Zahl der Quadratmeter pro Kopf in den vergangenen Jahren erstmalig wieder gesunken.

Bauen soll wieder attraktiver werden

Um das Problem zu lösen, schlägt das Bündnis "Sozialer Wohnungsbau" einen Neustart vor. Dabei sollen neue Anreize den sozialen Wohnungsbau wieder ankurbeln. So könnte auf die Grunderwerbssteuer verzichtet werden und die Grundsteuer für geförderte Wohnungen befristet ausgesetzt werden. Zudem seien laut Bündnis attraktive steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten nötig.

Das Förderprogramm für Flüchtlingsunterkünfte der Staatsbank KfW kommt bei Städten und Gemeinden schon jetzt gut an. Eine gute Woche nach dem Start war am Montagabend mit 184 Millionen Euro bereits mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden rund 300 Millionen Euro abgerufen worden. Jetzt könnte das Projekt sogar aufgestockt werden.

Quelle: n-tv.de